



HESSISCHER LANDTAG

18. 05. 2026

ASA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verdachtsfall sexualisierter Gewalt sowie gravierende personelle und strukturelle Mängel in einer Jugendhilfeeinrichtung in Kassel

Ein Bericht der hessenschau vom 15. Mai 2026 hat offengelegt, dass das Kasseler Heim für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigung, das Institut Lauterbad, nach massiven Missständen und Vorwürfen mutmaßlicher sexualisierter Gewalt schließen muss. Neben Vorfällen sexueller Übergriffe wurden gravierende Mängel beim Personal und bei der Aufarbeitung kritisiert.

Der Vorfall wirft Fragen zu Aufsichtspflichten und möglichen strukturellen Versäumnissen auf. Die Landesregierung wird ersucht, im Arbeits- und Sozialpolitischen Ausschuss (ASA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann liegen der Landesregierung beziehungsweise den zuständigen Aufsichtsbehörden Hinweise oder Beschwerden zu möglichen Pflichtverletzungen, Übergriffen oder Missständen in der betreffenden Einrichtung vor?
2. Welche konkreten Vorwürfe stehen nach aktuellem Kenntnisstand im Raum?
3. Welche Stellen sind beziehungsweise waren in welcher Art und Weise mit der Aufklärung befasst?
4. Welche unmittelbaren Maßnahmen wurden seitens der zuständigen Behörden eingeleitet, nachdem die ersten Verdachtsmomente bekannt wurden?
5. Zu welchen Zeitpunkten und in welcher Form war und ist der Landeskinderschutzbeauftragte in den Fall involviert?
6. Inwiefern haben in diesem Fall Abstimmungen zwischen dem für Kinderschutz zuständigen Gesundheitsministerium und dem Sozialministerium stattgefunden?
7. Welche Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt bestanden in der Einrichtung?
8. Wie und in welcher Regelmäßigkeit wurde deren Umsetzung überprüft?
9. Inwiefern berücksichtigen die Schutzkonzepte der Einrichtung den besonderen Schutz- und Unterstützungsbedarf für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen?
10. Welche Rolle spielten das Landesjugendamt, das zuständige Jugendamt sowie gegebenenfalls weitere zuständige Stellen bei der Kontrolle der Einrichtung?
11. Wann und mit welchen Ergebnissen haben in den vergangenen fünf Jahren Regel- oder Anlassprüfungen der Einrichtung stattgefunden?
12. Wurden dabei Beanstandungen festgestellt?
13. Wenn ja: Welche?
14. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über mögliche strukturelle Defizite, Personalprobleme oder organisatorische Mängel in der betreffenden Einrichtung in den letzten fünf Jahren vor?

15. Wie viele Kinder und Jugendliche werden von der Schließung der Einrichtung betroffen sein und wie wird ihre weitere Unterbringung sichergestellt?
16. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Vorfall für die Heimaufsicht, Qualitätskontrollen und Kinderschutzstandards in Einrichtungen der Jugendhilfe in Hessen?
17. Plant die Landesregierung Änderungen bei Meldepflichten, Kontrollmechanismen oder Schutzkonzepten zur Prävention sexualisierter Gewalt in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe?
18. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass Verdachtsfällen sexualisierter Gewalt sowie personeller und struktureller Mängel in einer Jugendhilfeeinrichtung künftig schneller nachgegangen werden?
19. Wurden zur Aufarbeitung der Vorgänge Befragungen mit Kindern, Eltern oder dem Personal des Heimes durchgeführt beziehungsweise sind solche geplant?
20. Ist eine unabhängige Untersuchung oder Evaluation der Vorgänge am Institut Lauterbad geplant, um mögliche institutionelle Versäumnisse aufzudecken?
21. Hat es sich in diesem konkreten Fall aus Sicht der Landesregierung bewährt, das Thema Kinderschutz nicht im Sozialministerium, sondern im Gesundheitsministerium zu ressortieren?

Wiesbaden, 18. Mai 2026

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke